

ANTRÄGE

1) Kunst im öffentlichen Raum

GRin. Mag.^a **Ennemoser** stellt folgenden Antrag:

Mag.^a **Ennemoser**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, werte Kollegen und Kollginnen! Mein Antrag handelt von der Kunst im öffentlichen Raum in Graz. Die Gestaltung der Plätze in der Stadt und die dort installierten Kunstwerke markieren Meilensteine in der Grazer Stadtentwicklung - eine Stadt, die den öffentlichen Nahverkehr fördert und den Fußgängern die Stadt zurückgibt. Stadtraum und Kunst ist ein wichtiges Element in der Entwicklung der Stadt, ob nun eine Brunnenanlage vor der Barmherzigenkirche oder das Lichtschwert, also das größte Kunstwerk im öffentlichen Raum, das Lichtschwert vor der Oper.

Jeder von uns kennt den Weg, wenn man vom Mursteg kommt, auf der linken Seite die Dreifaltigkeitskirche, dann das Palais Attems rechts und hinauf dem Blick zum Schloßberg, genau dort befindet sich ebenso ein Kunstwerk im öffentlichen Raum und alle Fußgänger passieren es, wenn sie diesen Weg nehmen.

Im Rahmen des Kulturmonates 1993, 10 Jahre vor dem Kulturhauptstadtjahr, wurden hier Literaturzitate aus Metall in den Boden installiert. Dieses Kunstwerk ist fixer Bestandteil von Altstadtführungen und umso verwunderlicher ist es dann, wenn genau auf dem Kunstwerk zwei Fahrradständer stehen. Das heißt, das Kunstwerk ist in seiner Gesamtwirkung unterbrochen und hat so auch seine Wirkung und eigentliche Bedeutung verloren.

Aus diesem Grund stelle ich im Namen der ÖVP-Fraktion folgenden

A n t r a g :

Die zuständige Frau Vizebürgermeisterin Lisa Rücker möge veranlassen, die beiden Fahrradständer so zu versetzen, dass dieses dort installierte Kunstwerk zur Geltung kommt und wir dem Titel Kulturhauptstadt gerecht werden (*Applaus ÖVP*).

Die Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

2) Mobile Sperrmüllsammlung

GR. **Hohensinner** stellt folgenden Antrag:

GR. **Hohensinner**: Auch eine Bitte an dich, es betrifft die mobile Sperrmüllsammlung. Im letzten Jahr wurde auf deine Initiative und auch Bezirksvorsteher Johannes Obenaus seitens der Wirtschaftsbetriebe in den Bezirken Andritz, Gösting, Mariatrost, Eggenberg und Geidorf eine mobile Sperrmüllsammlung als Pilotversuch durchgeführt.

Der Sperrmüll wurde zu denselben Konditionen wie bei der AEVG in der Sturzgasse angenommen.

Da sich diese Neuerung in den Randbezirken sehr bewährt, ist eine Fortsetzung dieses Pilotprojektes sinnvoll.

Daher stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs folgenden

A n t r a g:

Der Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz möge beschließen:

Die für die Wirtschaftsbetriebe zuständige Vizebürgermeisterin Lisa Rücker wird ersucht, gebeten, das im letzten Jahr erfolgreich durchgeführte Pilotprojekt „mobile Sperrmüllsammlung“ auch in diesem Jahr zu fortzusetzen.

Die Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

3) Hundewiese im Volksgarten

GR. **Rajakovics** stellt folgenden Antrag:

GR. **Rajakovics**: Nach den Höhen des Kampfes um Raum für die Kultur, nun ein Kampf um den Platz in den Parkanlagen. Vor vier Jahren habe ich die damalige Stadträtin Elfriede Monogioudis gefragt, wie es mit einer Hundewiese im Volksgarten aussieht. Die Antwort war: Es ist alles in Planung, sie kommt.

Bis jetzt ist leider nichts gekommen und etliche Bekannte von mir und auch ich selbst, der mit seinen Kindern sehr oft dort ist, müssen feststellen, dass außer dem Kinderspielplatz, und auch der nicht immer, scheinbar der gesamte Park Hundewiese ist, denn, und ich habe das auch mehrfach dokumentiert, auf allen anderen Wiesen laufen die Hunde immer ohne Maulkorb und ohne Leine herum.

Gerade der verschneite Volksgarten der letzten Wochen hat gezeigt, durch seine zahlreichen braunen Häufchen, dass das Resultat dieser exzessiven Nutzung des Parks sehr eindeutige Nutzungen durch die Hundebesitzer hat.

Es gibt einiges im Volksgarten, das verbesserungswürdig erscheint, aber ich glaube kaum etwas wäre so einfach umsetzbar wie eine abgegrenzte Hundewiese. Und ich ersuche wirklich die Hundewiese, wie im Oeverseepark oder im Augarten, zu umzäunen und nicht den Kinderspielplatz wie im Metahofpark.

Daher stelle ich namens der ÖVP-Fraktion den

A n t r a g :

Die zuständigen Stellen mögen umgehend die Planungen, die offensichtlich seit viereinhalb Jahren laufen zu einer Hundewiese im Volksgarten, abschließen und diese nach Möglichkeit noch bis zum Sommer des heurigen Jahres realisieren. Danke (*Applaus ÖVP*).

Die Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

4) Gebäude an der Ecke Tändelwiese – Herrgottwiesgasse

GR. Dipl.-Ing. **Topf** stellt folgenden Antrag:

Dipl.-Ing. **Topf**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, werte Kolleginnen und Kollegen! Es geht um einen Antrag im Bereich des Bezirkes Gries und zwar um Gebäude an der Ecke Tändelwiese – Herrgottwiesgasse. Die im städtischen Eigentum befindlichen ebenerdigen und zum Teil an Einzelunternehmer vermieteten Objekte an der Ecke Tändelwiese - Herrgottwiesgasse befinden sich in einem schlechten baulichen Zustand. Die anrainende Bevölkerung beklagt sich zu Recht, dass zwar im unmittelbaren Umgebungsgebiet immer wieder Sanierungs- und Gestaltungsmaßnahmen an Gebäuden und deren Umfeld durchgeführt werden, dass aber die vorerwähnten Objekte nach wie vor schon seit längerer Zeit nicht in einen attraktiveren Bauzustand versetzt werden. Damit verbunden sind für die Zukunft auch Überlegungen hinsichtlich zweckmäßiger und bedarfsgerechter Nutzungen dieser Gebäude anzustellen.

Namens der ÖVP-Gemeindefraktion stelle ich daher den

A n t r a g:

Der Gemeinderat der Stadt Graz wolle die zuständigen Magistratsabteilungen beauftragen, ein Sanierungsprojekt und ein Nutzungskonzept für die Objekte Ecke Tändelwiese - Herrgottwiesgasse zu erstellen. Danke.

Die Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

5) Errichtung/Verlängerung eines Gehsteigs in der Weinitzenstraße 52

GR. **Martiner** stellt folgenden Antrag:

GR. **Martiner**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, werte Gemeinderätinnen, werte Gemeinderäte! Der erfreuliche Trend, dass immer mehr Menschen in Graz zuziehen, schlägt sich auch im Bezirk Andritz nieder und dementsprechend ist das auch im Verkehr spürbar. Das zeigt sich unter anderem in der Bautätigkeit in der Weinitzenstraße. Die Folge davon ist natürlich, dass auch immer mehr Fußgängerinnen und Fußgänger auf der Weinitzenstraße unterwegs sind.

Allerdings: Die Weinitzenstraße ist eine Verbindungsstraße, auf der tausende EinpendlerInnen aus dem Norden und Nordosten des Umlandes über den Annagraben kommend nach Graz fahren. Leider ist jedoch zur Zeit ein Gehsteig nur bis zum Popelkaring beziehungsweise zur Hausnummer Weinitzenstraße 52 vorhanden, in weiterer Folge müssen die AnrainerInnen auf den Rand der stark befahrenen Straße ausweichen, was immer wieder zu äußerst gefährlichen Situationen führt.

Ich stelle daher namens der SPÖ-Gemeinderatsfraktion den

A n t r a g :

Das Straßenamt möge beauftragt werden, zur Hebung der Verkehrssicherheit zwischen der Weinitzenstraße 52 und zumindest bis zur Hausnummer 62 raschestmöglich einen Gehsteig zu errichten.

Die Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

6) Ausbau Jugendzentrum Andritz

GR. **Martiner** stellt folgenden Antrag:

GR. **Martiner**: Bereits seit längerem gilt das Dach des Jugendzentrums Andritz in der Prochaskagasse als äußerst sanierungsbedürftig, da es an vielen Stellen schon undichte Dachlücken gibt. Zwar gab es bereits mehrmals Ausbesserungsarbeiten, doch führten diese bis dato zu keinen nachhaltigen Erfolgen.

Da nunmehr eine Generalsanierung die einzig sinnvolle Lösung sein dürfte, könnten auch Kinderbetreuungen dementsprechend Kinderkrippen auch Rechnung getragen werden, wie auch schon in der Vergangenheit bereits von der SPÖ Andritz in dem entsprechenden Bezirksratsantrag gestellt wurde und hingewiesen wurde. Denn Andritz ist ein Zuzugsbezirk, und die große Zahl der Jungfamilien führt zu einer steigenden Nachfrage an Krippen-, Kindergarten- und Hortplätzen. Dem könnte durch, auch ein Vorschlag, einen Giebeldachausbau des Jugendzentrums Rechnung getragen werden.

Namens der SPÖ-Gemeinderatsfraktion stelle ich daher den

A n t r a g ,

das Jugendzentrum Andritz durch einen Dachausbau zu erweitern, um in der Folge in diesem Objekt den Kindergarten zu erweitern und Platz für eine Kinderkrippe zu schaffen (*Applaus SPÖ*).

Die Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

7) Verwaltungsreform und Arbeitsplätze

GRin. Mag.^a Dr. **Sprachmann** stellt folgenden Antrag:

Dr. **Sprachmann**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, sehr geehrte Damen und Herren! Die Verwaltungsreform ist ein politisches Dauerthema, welches laut Regierungsprogramm in dieser Gesetzgebungsperiode verwirklicht werden soll. Eine Arbeitsgruppe, welche seitens der neuen Regierung eingesetzt wurde, soll bereits im ersten Quartal 2009 konkrete Pläne vorlegen.

Verbunden mit der Verwaltungsreform ist nicht nur mehr Effizienz im Bereich des Handelns und der Dienstleistung von Bund, Land und Gemeinden gegenüber den BürgerInnen, sondern auch eine schlankere Verwaltung mit einer Senkung der Verwaltungskosten. Damit sind konkret Arbeitsplätze angesprochen. Allein der Personalstand des Bundes soll auf unter 130.000 MitarbeiterInnen gesenkt werden. Im Gegenzug hierzu sollen jedoch auch neue Strukturen geschaffen werden. Es soll beispielsweise neben den Landesverwaltungsgerichtshöfen auch die Einführung von neuen Bundesverwaltungsgerichtshöfen überprüft werden, der Jugendgerichtshof in Wien ist in Entstehung, wie wir jüngst gehört haben, es sollen die Bezirks- und Landesschulräte abgeschafft werden, weiters sollen Doppelgleisigkeiten bei Bundes- und Landesbehörden zum Beispiel im Bereich der Schulbehörden beseitigt werden. Ebenfalls sollen neue Koordinierungsstellen in verschiedenster Art und Weise eingesetzt werden.

Kurzum, es werden alte Bereiche aufgelöst und neue Behörden entstehen, dieser Prozess ist nichts Schlechtes, jedoch kann er durchaus zu einer Ämterkumulierung und Zentralisierung von Ämtern auf die Bundeshauptstadt Wien - jüngstes Beispiel ist die Schaffung des Bundesasylgerichtshofes in Wien sowie der neu in Planung befindliche Jugendgerichtshof in Wien - führen und damit die Schaffung von zusätzlichen Arbeitsplätzen in Wien, während die anderen Bundesländer und ihre Landeshauptstädte, insbesondere Graz als größte Landeshauptstadt nach Wien und mit Stand Dezember 2008 15.168 arbeitslosen BürgerInnen, davon am stärksten betroffen ist.

Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich daher den

A n t r a g :

Der Grazer Gemeinderat fordert die Bundesregierung und die von ihr zum Bereich Verwaltungsreform eingesetzte Arbeitsgruppe auf, bei der Planung der künftigen Verwaltungsreform einer massiven Zentralisierung der Behörden auf die Landeshauptstadt Wien entgegenzutreten und bei den künftigen Standorten von neu zu schaffenden Behörden oder auszubauenden Ämtern die Landeshauptstädte und dabei insbesondere Graz als zweitgrößte Landeshauptstadt Österreichs zu berücksichtigen (*Applaus SPÖ*).

Die Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

8) Implementierung von Schulparlamenten

GRin. **Binder** stellt in Namen der Grünen, der SPÖ und der KPÖ folgenden Antrag:

GRin. **Binder**: Werte Kolleginnen und Kollegen, werte Zuschauer und Zuschauerinnen! Der 12. Februar ist jener Tag, an dem sich zum 75. Mal etwas jährt, was damit verbunden war, dass mit großer Brutalität der Weg in einen austrofaschistischen autoritären Staat freigemacht wurde. Die Zeit damals war geprägt von einer tief greifenden Weltwirtschaftskrise, von einer Massenarbeitslosigkeit, von unüberbrückbar scheinenden sozialen Spannungen, der damalige Bundeskanzler Engelbert Dollfuß ließ über seinen damaligen Justizminister den Verfassungsgerichtshof aushebeln, die kommunistische Partei war damals schon verboten, die Arbeiterzeitung, die gewählten legitimierten Vertretungen in der Arbeiterkammer sind verboten worden, nur als ein paar Beispiele, wo man damals

schon eigentlich erkennen konnte, und das haben auch viele gemacht, sehr demokratiebewusste Menschen, dass dieser Weg, der hier von Bundeskanzler Dollfuß beschritten wurde, in den Untergang führt. Warum sage ich das und was hat das mit meinem Antrag zu tun? In meinem Antrag geht es darum, Demokratie zu stärken und Demokratie zu lernen. Adorno hat einmal gesagt und ich zitiere: Ich fürchte mich nicht vor der Rückkehr des Faschisten in der Maske des Faschisten, sondern vor der Rückkehr in der Maske des Demokraten.

Nationalratswahl 2008: Der Schock sitzt tief. Die Großparteien verlieren massiv, die Populisten gewinnen. Der Plan, mit Freigabe des Wahlrechts für 16-Jährige (*Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*) Stimmen dazuzugewinnen, geht ziemlich einseitig aus und das Unterrichtsministerium lässt neben dem schon bestehenden Unterrichtsprinzip Politische Bildung einen neuen Lehrplan für Politische Bildung ab der 8. Schulstufe erarbeiten. Dabei wird formuliert, dass Politische Bildung zu einem demokratisch fundierten Österreichbewusstsein, einem gesamteuropäischen Denken und zur Weltoffenheit beitragen muss. Dieser Lehrplan formuliert drei Säulen dieser Politischen Bildung, nämlich Vermittlung von Wissen und Kenntnissen, also wieder zurück zum 12. Februar 1934, Entwicklung von Fähigkeiten und Einsichten und die Bereitschaft zu verantwortungsvollem Handeln.

Unser Schulsystem ist nicht nur sehr ein hierarchisch gegliedertes, es ist auch ein System, das von parteipolitischen Interessen durchzogen ist, ich erinnere nur und spreche an die Bestellung von Leiterinnen und Leitern, wo sich hier die zwei Großparteien immer wieder abwechseln in gegenseitigen Unterstützungen. Es sieht aber auch das Schulunterrichtsgesetz nicht wirklich einen geeigneten Rahmen vor, wo Schülerinnen und Schüler ihre Mitspracherechte und ihre Interessen gut einbringen könnten. Das Schulunterrichtsgesetz sieht ein Anhörungsverfahren der einzelnen Schülerinnen und Schüler vor. Das kann aber nicht genügen, sondern es geht darum zu lernen, wie man auch einzelne Interessen im Sinne der Gemeinschaft zurückstellen kann und wo man auch klassenübergreifende Möglichkeiten und Zugänge schafft, verantwortungsvoll mit gemeinsamen Interessen im Schulleben umzugehen.

Und das ist eine alte pädagogische Weisheit, dass SchülerInnen am besten durch Erfahrungen lernen, und Demokratie muss gelernt werden. Kompetenzen wie

Sozialkompetenz, Verhandlungskompetenz, Teamfähigkeit, etc., etc. müssen geübt werden.

In einigen Pflichtschulen in Österreich sind daher in den letzten Jahren sogenannte Schulparlamente gegründet worden, die sind nicht unbedingt im Schulunterrichtsgesetz vorgesehenen, aber dennoch Schulen haben sich auf den Weg gemacht, ihre Schülerinnen und Schüler lernen zu lassen. Graz könnte in diesem Sinne als Bildungsstadt eine Initiative starten, indem sie versucht, Schulen für die Einrichtung von Schulparlamenten zu gewinnen und zu interessieren. Sie könnten auch eine gute Ergänzung zum schon vorhandenen Kinderparlament sein.

Daher stelle ich im Namen der Grazer Grünen, der SPÖ, der KPÖ folgenden

A n t r a g :

Die zuständige politische Referentin wird beauftragt, gemeinsam mit dem Schulamt Kontakt mit den Bezirksschulinspektoren aufzunehmen, um mit den Grazer Pflichtschulen Möglichkeiten auszuloten, geeignete gremiale SchülerInnen-Vertretungsformen wie zum Beispiel Schulparlamente zu implementieren. Danke (*Applaus Grüne*).

Die Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

9) Gösting Radweg R 39 – Lückenschluss

GR. **Sikora** stellt folgenden Antrag:

GR. **Sikora**: Werte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin! Auch ein Antrag, der an dich gerichtet ist. Wie wir heute im

Ausschuss für Umwelt und Verkehr schon gehört haben, ist die Projektierung der Radverkehrsmaßnahmen für das Jahr 2009 im Gange. In dieser Projektierung fehlt jedoch ein wichtiger Lückenschluss, das ist der Radweg R39 von Gösting nach Thal und davon handelt mein Antrag. Das Grazer Naherholungsgebiet Thaler See wird ganzjährig von zahlreichen RadfahrerInnen besucht. Das Angebot rund um den See reicht von Bootsfahrten, Spaziergängen bis hin zu Erlebnisausflügen für viele Grazer Familien mit ihren Kindern.

Der Radweg R 39 zum Thaler See vom Grazer Stadtgebiet kommend zählt zu den meistfrequentierten Radrouten zu Ausflugszielen rund um das Grazer Stadtgebiet. Vom Schlossplatz Gösting führt der Radweg R 39 mit Anschluss an den Radweg R2 entlang des Thalbachweges, der nach ca. 300 Meter in die sehr stark vom Individualverkehr frequentierte Thalstraße mündet. RadfahrerInnen mit ihren Kindern fahren dann unter sehr gefährlichen Verhältnissen auf einem uneinsichtbaren zirka 500 Meter langen Straßenstück, bis sie vor einer unübersichtlichen Straßenstelle die Thalstraße queren müssen, um auf den Radweg R 39 zu gelangen. Zahlreiche Unfälle und sehr gefährliche Situationen zwischen RadfahrerInnen und Individualverkehrsbenützer stehen an der Tagesordnung.

Bei der Projektierung der Radverkehrsmaßnahmen für das Jahr 2009, das haben wir auch heute Vormittag gehört, fehlt nun dieser aufgrund seiner extremen Gefährlichkeit äußerst wichtige Lückenschluss.

Der aktuelle Projektgenehmigungsbericht für Radverkehrsmaßnahmen für das Jahr 2009 weist auf Vorreihung aktueller dringender Geh- und Radwegprojekte hin.

Deshalb stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

A n t r a g :

Die zuständige Stelle des Magistrats wird ersucht, aufgrund der im Motivenbericht aufgezählten Gründe zu prüfen, ob der Lückenschluss des Radweges R 39 in Gösting, zwischen dem Thalbachweg und dem vorhandenen Radweg in der Thalstraße, aufgrund seiner sowohl für RadfahrerInnen als auch für Individualverkehrsbenützer extremen Gefährlichkeit rasch projektiert und vorgereicht werden kann (*Applaus KPÖ*).

Die Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

10) 12. Februar-Gedenken – Straßenbenennung nach Anna Cadia

GRin. Mag.^a **Taberhofer** stellt folgenden Antrag:

Mag.^a **Taberhofer**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, liebe Lisa, liebe Kolleginnen und Kollegen! Den morgigen Tag, den 12. Februar, nehme ich zum Anlass, daran zu erinnern, dass vor 75 Jahren in Österreich ein Bürgerkrieg in der denkbar schärfsten Form, als bewaffneter Kampf, ausgetragen wurde. Der Februar 1934 nimmt in der Geschichte der Auseinandersetzungen zwischen den Gesellschaftsklassen in Österreich einen besonderen Platz ein. Teile der ArbeiterInnenschaft, im Republikanischen Schutzbund organisiert, versuchten, die Demokratie zu verteidigen, der faschistischen Offensive der Dollfuß-Regierung entgegenzutreten. Obwohl der mutige Kampf von Beginn an aus verschiedenen Gründen unter äußerst ungünstigen Vorzeichen stand, lieferten die ArbeiterInnen und SchutzbündlerInnen den an Zahl und Ausrüstung überlegenen Regierungstreitkräften erbitterten Widerstand. Brennpunkte der Kampfhandlungen waren unter anderem in der Steiermark das obersteirische Industriegebiet mit Bruck an der Mur und die Vororte von Graz – Eggenberg und Gösting.

Eine der mutigen Frauen in Graz, die sich auch aktiv im Februar 1934 für die Demokratie und die Abwehr des Austrofaschismus eingesetzt hat, möchte ich heute stellvertretend für viele herausgreifen. Ihr Name ist Anna Cadia. Sie wurde am 18. Dezember 1903 als Kind einer Grazer Arbeiterfamilie geboren. 1909 stirbt ihr Vater und ihre Mutter muss allein für sie und ihre fünf Geschwister sorgen. Auch Anna Cadia muss bereits sehr früh mithelfen, die Familie zu ernähren. So geht sie für zweieinhalb Jahre zu einer Bauernfamilie in Dienst und leistet sehr schwere körperliche Arbeit. Ihr weiterer Weg führt sie über Hilfsdienste in einer Grazer Brikettfabrik, Zeitungsaustragen zu einer Anstellung in einer Schuhcremefabrik. Danach arbeitet sie als Hausgehilfin, wobei erkannt wird, dass sie gut mit Kindern

umgehen kann. Als eine Hebammen-Fürsorgerinnen-Schule gegründet wird, besteht sie trotz fehlender Mittelschule die Aufnahmeprüfung und besucht sie ein Jahr lang, bis Oktober 1925. Zu den Fortschritten auf sozialem Gebiet zur damaligen Zeit zählen für Anna Cadia das Frauenwahlrecht von 1918, das Mieterschutzgesetz, das 1917 aufgrund der vielen Delogierungen eingeführt werden musste und insbesondere auch die Gründung der Jugendämter und Fürsorge als Folge der Verwahrlosung vieler Kinder und Jugendlicher im Ersten Weltkrieg. Neu geschaffen wurden damals ebenfalls die Arbeitslosen- und Altersversicherung, Ernährungsbeihilfen für arme Familien, die Mütterberatung und der Beruf der Fürsorgerin. Und diesen Beruf hat Anna Cadia auch ab 1925 ergriffen. Anna Cadia ist für ihre sozialen Haltungen und ihr politisches Engagement bekannt. Sie arbeitet auch aktiv in der Illegalität mit und verteilt die Geldspenden der „Roten Hilfe“. Im Februar 1934 wird sie als Fürsorgerin entlassen und lernt erneut die Arbeitslosigkeit kennen. Der Einberufung für drei Monate Polizeihaft im selben Jahr kann sie noch entkommen, aber am 20. Mai 1940 wird sie tatsächlich verhaftet und kommt ins Landesgericht in Untersuchungshaft. Erst am 21. Juni 1941 findet die Verhandlung statt, für Anna Cadia lautet das Urteil zweieinhalb Jahre wegen Vorbereitung zum Hochverrat. Im Jänner 1943 wird sie ins Lager Ravensbrück überstellt. Am 30. April 1945 werden 10.000 Frauen auf einen Todesmarsch aus dem Lager gegen Osten getrieben. Anna Cadia gelingt die Flucht und Mitte 1945 kehrt sie nach Graz zurück. Kurze Zeit arbeitet sie in der Landesregierung, im Kulturamt. Dann übernimmt sie für dreieinhalb Jahre die Leitung des Grazer Kinderheims, um dann weitere 15 Jahre als Mitarbeiterin der Zentralfürsorgestelle in Graz zu arbeiten. Mit 61 Jahren tritt Anna Cadia in den wohlverdienten Ruhestand. Sie stirbt im Mai 2001 und beendet ein aktives, von sozialem Engagement geprägtes Leben.

Aus diesem Grund stelle ich daher namens der KPÖ-Gemeinderatsfraktion folgenden

A n t r a g :

Der Gemeinderat möge beschließen, dass Anna Cadia eine entsprechende Würdigung für ihr Wirken in der Stadt Graz erhalten soll, indem eine Straße oder ein Platz nach ihr benannt wird. Danke (*Applaus KPÖ*).

Die Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

11) Linie 1 – Frequenzverdichtung

GR. Mag. **Fabisch** stellt folgenden Antrag:

Mag. **Fabisch**: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Linie 1 zwischen Mariatrost und Eggenberg ist für tausende Berufstätige und Schüler und Schülerinnen die einzige Möglichkeit, mit einem öffentlichen Verkehrsmittel zur Arbeitsstätte beziehungsweise zur Schule zu kommen.

Gerade diese Linie dient unzähligen Bediensteten von LKH West, UKH und auch vom Spital der Barmherzigen Brüder, die in aller Herrgottsfrüh ihren Dienst beginnen, aber 20-Minuten Intervalle nicht unbedingt als Einladung zum Umsteigen in die Straßenbahn und Verzicht auf den Privat-Pkw erleben. Ähnliches gilt für Patienten und Patientinnen, die immer wieder eines der Spitäler aufsuchen müssen und das Recht haben, nicht lange auf ihre Verkehrsmittel warten zu müssen.

In den Stoßzeiten vor Schulbeginn ist die Transportqualität auf Grund der Überfüllung mitunter als reine Zumutung für den zahlenden Fahrgast zu bezeichnen.

Eine Frequenzverdichtung der Linie 1 ist also ein Gebot der Stunde.

Deshalb stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

A n t r a g :

Die betreffenden Stellen der Stadt Graz werden beauftragt, die nötigen Schritte zur Taktverdichtung der Linie 1 in den frühen Morgenstunden vorzunehmen. Danke (*Applaus KPÖ*).

Die Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Der Bürgermeister übernimmt um 16.00 Uhr den Vorsitz.

12) Verlegung der stadteinwärts führenden Straßenbahnhaltestelle Linie 6 im Bereich der ehemaligen Endstation St. Peter

GR. **Hötzl** stellt folgenden Antrag:

GR. **Hötzl**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Kollegen! In meinem Antrag geht es um die Verlegung, wie der Herr Bürgermeister schon gesagt hat, von der Straßenbahnhaltestelle auf der Linie 6 im Bereich der ehemaligen Endstation der Linie 6 stadteinwärts führend zirka 150 Meter Richtung stadtauswärts. Nach der medial intensiv begleiteten Verlängerung der Linie 6, die im Übrigen von einer Mehrheit der betroffenen Bevölkerung abgelehnt wurde, was sich auch in einer wegen eines Formalfehlers aufgehobenen Volksbefragung widerspiegelte, ergeben sich nun neben der finanziellen Großbelastung, verursacht durch die Straßenbahnverlängerung, noch weitere Ärgernisse für die Grazerinnen und Grazer. So ist nun auch die Neugestaltung der diversen Haltestellen von Straßenbahnen und Autobussen im Bereich der alten Umkehre St. Peter Schulzentrum, ehemalige Endstation der Linie 6, mehr als notwendig geworden.

Da die Fahrpläne aufeinander abgestimmt sind, müssen hierorts speziell ältere Mitbürger und GVB-Nutzer die zirka 150 m Entfernung zwischen Straßenbahn- und Bushaltestelle im Rekordtempo zurücklegen, um die anderen öffentlichen Verkehrsmittel auch zu erreichen. Für viele Menschen ist dies in so kurzer Zeit schlicht unmöglich, zumal eine derartige Lösung bestenfalls als Karikatur einer Haltesstelle mit Umsteigemöglichkeiten zu bezeichnen ist.

Namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs stelle ich daher den

A n t r a g ,

Der Gemeinderat wolle beschließen, die zuständigen Stellen der Stadt Graz zu ersuchen, mit den Grazer Verkehrsbetrieben in Verhandlungen zu treten, um die Verlegung der Straßenbahnhaltestelle der stadteinwärts führenden Linie 6 im Bereich der Haltestelle St. Peter Schulzentrum direkt zu den Bushaltestellen, das heißt, das sind zirka 150 m weiter süd-östlich oder auch stadtauswärts, zu erwirken.

Der Gemeinderat wolle weiters beschließen, die Umsetzung dieser Maßnahme in Zusammenarbeit mit den Grazer Verkehrsbetrieben ohne Verzögerungen einzuleiten (*Applaus FPÖ*).

Der Bürgermeister erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

13) Erhöhung der Solarförderung

GRin. **Benedik** stellt folgenden Antrag:

GRin. **Benedik**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen! Die schlechten topographischen Begleitumstände unserer Landeshauptstadt Graz und die dadurch begünstigte Feinstaubentwicklung erfordern auf diesem Gebiet auch seitens der Kommunalpolitik intensivere Bemühungen als bisher.

Hier besteht nun seitens der öffentlichen Hand ein dringender Handlungsbedarf, da durchaus Einsparungspotential vorhanden ist.

Beispielsweise erscheint es gerade in den Sommermonaten als nicht zielführend, Warmwasser auf dem Wege herkömmlich gewonnener, vor allem fossiler, Energie,

zu erzeugen. Wenn nun gleichzeitig Klimaanlage zur Kühlung der überhitzten Wohnräume betrieben werden, so ist dies ein weiterer kontraproduktiver Baustein in dieser wichtigen Problematik.

Deshalb ist ein Steuerungsversuch der Politik gefragt. In diesem Zusammenhang sei angeführt, dass die Steiermark im Vergleich zu anderen Bundesländern die mit Abstand niedrigste Förderung für den Bau von Solaranlagen zur Warmwasseraufbereitung vergibt. Gerade in Zeiten steigender Energiepreise und unsicher gewordener Energieversorgung könnte die gesteigerte Errichtung von Solaranlagen zumindest in den Sommermonaten einen Baustein zur Sicherung der Energieversorgung darstellen.

Ich stelle daher namens des FPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

A n t r a g :

Der Gemeinderat wolle beschließen, die seitens der Stadt Graz vergebenen Förderungen für die Errichtung von Solaranlagen, von 50 Euro auf 150 Euro pro m² Solarfläche zu erhöhen.

Der Gemeinderat wolle weiters beschließen:

Die Verantwortlichen der Stadt Graz werden ersucht, an die zuständigen Stellen des Landes heranzutreten, um eine Erhöhung der Förderung für die Errichtung von Solaranlagen insbesondere für die Warmwasseraufbereitung anzuregen (*Applaus FPÖ*).

Der Bürgermeister erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Bürgermeisterstellvertreterin Rücker übernimmt um 16.05 Uhr den Vorsitz.

14) Verkauf der Hummelkaserne – Errichtung von Gemeindewohnungen

GRin. **Benedik** stellt folgenden Antrag:

GRin. **Benedik**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, werte Kolleginnen und Kollegen! Mein zweiter Antrag betrifft den Verkauf der Hummelkaserne und die damit verbundene Errichtung von Gemeindewohnungen. Diversen Tageszeitungen war zu entnehmen, dass der für das Jahr 2009 geplante Verkauf der Hummelkaserne aufgrund fehlender Ersatzbauten verschoben wird.

Allerdings beinhaltet das schwarz-grüne Regierungsübereinkommen, dass auf eben diesem Areal dringend benötigte Gemeindewohnungen entstehen sollten. Zusätzlich zu der zeitlichen Verschiebung ist auch noch ein privater Investor auf den Plan getreten.

Ich erinnere nun an das Sachprogramm „Wohnen“ - ein Gemeinderatsbeschluss aus dem Jahr 1996 im Rahmen der landesgesetzlichen Vorgabe des Raumordnungsgesetzes als wesentlicher Teil des Stadtentwicklungs-Konzeptes. Demnach wurde bis zum Jahr 2006 ein Bedarf an 15.800 Neubauwohnungen erhoben. Alleine bis zum Jahr 2000 hätten laut diesem Gemeinderatsbeschluss 800 kostengünstige Wohnungen geschaffen werden sollen. Der primäre Wohnungsbedarf umfasste jene Personen, die persönlich oder wirtschaftlich nicht in der Lage waren, sich am freien Markt mit einer Wohnung zu versorgen. In diesem August 2008 hat Herr Stadtrat Rüschi medienwirksam den Bau von 500 Sozialwohnungen angekündigt. Selbst bei sofortiger Umsetzung dieses Vorhabens wäre dies nur ein Tropfen auf dem heißen Stein gewesen.

Nun scheint unserer Stadt mit der Hummelkaserne, für die ex lege für die Stadt Graz ein Vorkaufsrecht besteht, ein weiterer potentieller Baugrund abhanden zu kommen.

Ich stelle daher namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs den

A n t r a g :

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stadtsenatsreferenten und Abteilungen der Stadt Graz werden beauftragt, sofort mit den zuständigen Stellen des Bundes und des Österreichischen

Bundesheeres in Verbindung zu treten, um einen Ankauf der Hummelkaserne durch die Stadt Graz unter Berücksichtigung der gesetzlichen Bestimmungen auszuverhandeln.

Der Gemeinderat wolle weiters beschließen:

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden beauftragt, mit sämtlichen möglichen Vorarbeiten zu beginnen, um im Falle erfolgreicher Vertragsverhandlungen ohne Verzögerungen mit dem Bau von Sozialwohnungen beginnen zu können (*Applaus FPÖ*).

Die Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

15) Leonhardplatz/Endstation Linie 7

GR. Mag. **Korschelt** stellt folgenden Antrag:

Mag. **Korschelt**: Hoher Gemeinderat, Frau Vizebürgermeister! Diesem Antrag steht ein bisschen in eigener Sache, nachdem ich ja, wie gesagt, lange Zeit schon auf der Ries oben wohne und das oft mitgemacht habe, geht es darum, um den Leonhardplatz/Endstation Linie 7. Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Seit mehreren Jahren kommt es gerade im Frühverkehr zu umfangreichen Stauungen vor den drei Ampeln am Leonhardplatz in Richtung stadteinwärts. Zusätzlich zu den drei Ampeln wird der Rhythmus des Verkehrs noch durch die Schaltung der Straßenbahnen und durch das Einbiegen von Gelenksbussen in Richtung Ragnitz behindert. Durch die Kumulation dieser Komponenten wird der Verkehrsfluss erheblich behindert, was nicht unbedingt zur Feinstaubreduktion beiträgt.

Ich stelle daher namens des FPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

A n t r a g :

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen im Magistrat Graz werden beauftragt zu überprüfen, ob die derzeitige Ampelschaltung und die Einbindung des Busverkehrs in Richtung Ragnitz den Erfordernissen einer modernen Verkehrsführung, unter besonderer Berücksichtigung des Grundsatzes der Stauvermeidung, entsprechen (*Applaus FPÖ*).

Die Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

16) Umbenennung der Hauptbrücke in Erzherzog-Johann-Brücke

GR. Mag. **Korschelt** stellt folgenden Antrag:

Mag. **Korschelt**: Die 1890 errichtete und 1964 abgerissene Hauptbrücke bildete gemeinsam mit dem Eisernen Haus, aus dem in jüngster Vergangenheit das Kunsthaus wurde, im Zentrum der Stadt ein hervorragendes Ensemble der Eisenbaukunst. Der konstruktive Eisenbau erlebte in der Steiermark erst verhältnismäßig spät seinen Durchbruch. Die Leistungen auf dem Gebiet des Stahl- und Eisenbaus sind nicht zuletzt auf die wissenschaftliche Ausbildung an den steirischen Hochschulen zurückzuführen.

Hier schließt sich nun auch der Kreis zu Erzherzog Johann, der im Jahre 1811 das Joanneum als Forschungsgesellschaft gründete, womit er den Grundstein für die spätere TU Graz legte. 1815 und 1816 reiste Erzherzog Johann nach England, um sich dort persönlich über die Fortschritte und neuesten Entwicklungen des Eisenbaus zu informieren.

Was würde sich nun besser eignen, als den großen Sohn der Steiermark in seinem Jubiläumsjahr zu ehren und die Grazer Hauptbrücke nach ihm zu benennen? Die

Stadt Graz würde mit einem derartigen Schritt vor allem drei wesentliche Signale aussenden:

- 1.) Erzherzog Johann als Brückenbauer, der zu Lebzeiten sowohl einen Brückenschlag zwischen Adel und Bürgertum als auch zwischen Stadt- und Landbevölkerung gewagt hat.
- 2.) Erzherzog Johann, der wesentlichen Anteil am Ruf der Steiermark als Technikland hat.
- 3.) Erzherzog Johann, der Pionier der Landwirtschaft. Auch in der Stadt gäbe es ohne die Erträge der Landwirtschaft kein Leben.

Erzherzog Johann hat unserer Stadt im Bereich der Wissenschaft, aber auch im gesellschaftlichen Bereich neue Dimensionen eröffnet, weshalb er ein mehr als würdiger Namensgeber der Grazer Hauptbrücke wäre.

Daher stelle ich namens des FPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

A n t r a g :

Der Gemeinderat wolle im Sinne des obigen Motivberichtes beschließen, die Grazer Hauptbrücke in „Erzherzog-Johann-Brücke“ umzubenennen (*Applaus FPÖ*).

Die Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

17) Erhalt der Inlandsverbindungen der AUA am Standort Graz

GR. **Grosz** stellt folgenden Antrag:

GR. **Grosz**: Hoher Gemeinderat, sehr geehrte Damen und Herren! Ja, AUA, auweh in dem Fall, weil vor vier Monaten haben wir dieses Thema in diesem Gemeinderat diskutiert und ich darf Sie daran erinnern, dass wir als BZÖ in Form eines dringlichen Antrages die Bundesregierung beim Verkauf an die Lufthansa binden wollten, damit es zu keinen Streichungen der AUA-Flugverbindungen vom Standort Graz-Thalerhof kommt. Nun ist der Verkauf im Gange und da es seitens der ÖIAG und der Bundesregierung keinerlei Bindungen der Flugstrecken gegeben hat, so wie wir es in dieser Petition hier im Grazer Gemeinderat wollten, aber diese einmal mehr von Ihnen, von einer Mehrheit, sehr geehrte Damen und Herren schubladisiert worden ist, haben wir jetzt das traurige Resultat. Per März werden jetzt Linienflüge der Austrian Airlines vom Standort Graz-Thalerhof gestrichen. Gratuliere Ihnen auch einzeln, die Sie damals dem Antrag nicht zugestimmt haben, zu Ihrer politischen Weitsicht. Aber was dazu kommt und das ist das Erschreckende, es hat natürlich jetzt den normalen Katzenjammer gegeben, der ist auch heute in allen Tageszeitungen nachlesbar, Buchmann: Ach Gott, es ist so schade um den steirischen Wirtschaftsstandort, Nagl: Ja, wenn wir das gewusst hätten. Also der übliche Katzenjammer der Politiker mit Weitblick hat begonnen, es bringt uns schlichtweg nichts. Daher versuchen wir, zumindest die Stadt Graz, die Stadtregierung, und hier insbesondere den Bürgermeister, denn er ist verantwortlich dafür, zu sensibilisieren und zwar heute noch zu sensibilisieren, dass er seine vier Buchstaben in Angriff nimmt, zum Telefonhörer greift und versucht, mit der Bundesregierung...

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Ich ersuche Sie, sich klar und deutlich auszudrücken, damit wir da keine Vermutungen anstellen müssen, über das, was Sie meinen.

GR. **Grosz**: Selbstverständlich, Frau Vizebürgermeisterin, das werde ich tun, weil es mir ja auch in der Geschäftsordnung so vorgeschrieben ist. Ich habe sie ja gelesen. Aber Spaß beiseite. Daher versuchen wir, den Bürgermeister heute auch einmal mehr aufzufordern zu reagieren, zu agieren und gemeinsam mit den neuen Vorständen der Austrian Airlines umgehend Kontakt aufzunehmen, um auf allen

Interventionswegen, die hier möglich sind, die hier auch der Bürgermeisterpartei und auch der ÖVP möglich sind, in Anspruch zu nehmen, um diese wichtigen Flugstrecken hier nicht im Süden Österreichs von Graz weg sterben zu lassen, denn jede Flugverbindung weniger, die uns anbindet, und hier geht es ja bitte nicht darum, dass wir so viel Konsumenten, Kunden des Flughafens Graz Thalerhof hätten, die jetzt sich die zwei Stunden Autofahrt ersparen und deswegen das Flugzeug in Anspruch nehmen, das dann eine Nettozeit von einer Stunde dreißig mit Einchecken, Taxitransfer in die Wiener Innenstadt ergibt, nein, hier geht es ausschließlich darum, dass wir sehr viele Unternehmer verlieren, die die Flugstrecken Graz – Wien für weitere Anschlussflüge gebraucht hätten an internationale Wirtschaftsdestinationen und ausschließlich um das geht es, dass wir in der Steiermark stolz darauf sind und im Großraum Graz stolz darauf sind, dass wir internationale Betriebe herangezogen haben, die wir jetzt auch drohen zu verlieren und das wollen wir nicht und daher sagen wir, natürlich gehört für diese Betriebe die nötige Infrastruktur her und daher hat hier der Bürgermeister im Interesse des Wirtschaftsstandortes zu handeln und in diesem Zusammenhang stelle ich daher folgenden

A n t r a g :

Der Gemeinderat der Stadt Graz wolle beschließen:

Der Bürgermeister der Stadt Graz wird aufgefordert, in umgehenden Verhandlungen mit der neuen Führung der AUA alles daran zu setzen, damit die inländischen Flugverbindungen zwischen der Landeshauptstadt Graz und anderen Destinationen unter allen Umständen aufrecht erhalten bleiben. Danke.

Die Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

18) Drohendes Endes der Arche-Noah-Tierrettung aufgrund der Hinhaltetaktik der Stadt Graz

GR. **Grosz** stellt folgenden Antrag:

GR. **Grosz**: Hoher Gemeinderat, sehr geehrte Damen und Herren, Frau Vizebürgermeisterin! Jährlich grüßt das Murmeltier, auch das Jahr 2009, warum sollte es auch anders sein als im Jahr 2008, beginnt mit einer Diskussion über das Grazer Tierschutzhaus Arche Noah, diesmal war die Arche Noah im Mittelpunkt der medialen Berichterstattung auf Grund ausstehender Zahlungen der Stadt Graz gegenüber dem Tierschutzhaus, konkret geht es um die Tierrettung. Eine Aufgabe, die sowohl die Berufsfeuerwehr der Stadt Graz erfüllt, aber im überwiegenden Ausmaß das Tierschutzhaus Arche Noah. Diese Fahrten kosten Geld, diese Fahrten werden 365 Tage rund um die Uhr angeboten, dann eben, wenn Tiere notleidend sind und wenn Tierbesitzer, aber auch Passanten, die notleidende, kranke Tiere oder Tiere durch Verkehrsunfälle verletzte Tiere der Arche Noah melden, rückt die Arche Noah aus und versucht, hier zu helfen. Diese Fahrten verursachen selbstverständlich Kosten und die Arche Noah führt diese Fahrten seit fast oder mehr als einem Jahrzehnt hier in der Stadt durch. Mit ausgebildetem Personal hat aber zumindest in den Jahren 2001 bis 2004 nur ungenügende Bezahlungen seitens der Stadt Graz bekommen. Kolportiert werden, und auf nichts anderes kann man sich verlassen, denn einerseits ist vom Bürgermeisteramt keine klare Auskunft zu erhalten, andererseits verlasse ich mich auch nicht natürlich auf die Zahlen der Vereine, weil da gibt es immer wieder Unterschiede zwischen dem, was man braucht und dem, was man bekommt, das ist schon klar, kolportiert werden 400.000 Euro, die die Stadt Graz dem Tierschutzhaus Arche Noah noch schuldet und ich habe daher auch vor drei Wochen versucht, das so medial zu thematisieren, dass plötzlich, und darüber sind wir doch dann alle froh gewesen, es zu einem kleinen Gipfel, zu einer Maulwurfhaufenbesteigung im Bürgermeisteramt gekommen ist, wo Vertreter des Bürgermeisters, er selbst hat sich offensichtlich entschuldigen lassen, mit Vertretern der Arche Noah hier diese Finanzdiskussion besprochen haben. Konkret war anwesend der Leiter des Bürgermeisteramtes, und aus mir unerklärlichen Gründen, aber der Fachreferent für Öffentlichkeitsarbeit, Radaelli, der hier anwesend war in Tierschutzfragen und den Bürgermeister vertreten hat. Dort wurde zugesichert, dass

die Stadt Graz die Verpflichtungen gegenüber der Arche Noah genau prüfen wird und binnen Wochenfrist, am 30. 1. fand es statt, und binnen Wochenfrist darauf melden wird, heute haben wir den 11. Februar. Es war den Vertretern des Tierschutzhauses Arche Noah nicht möglich, und ich spreche jetzt nicht von Obmann Oster, weil wir wissen, man kann von Obmann Oster immer zwei oder dreierlei Meinung sein, ich bin ein Fan von ihm, viele sind es nicht, er hat eine eigene Persönlichkeit, aber es war nicht Obmann Oster, sondern der dort, wie ich wohl glaube, auch von allen anerkannte Mag. Moser, der Tierarzt der Arche Noah, dem es bis heute nicht gelungen ist, im Bürgermeisteramt jetzt die endgültige Finanzierung für die Tierrettung sicherzustellen. Wenn wir bis zum 15. Februar, und das ist der kommende Sonntag, keine Lösung in diesem Bereich finden, bietet die Arche Noah keinerlei Tierrettungsfahrten mehr an und der gesamte Tierrettungsbereich geht auf die Berufsfeuerwehr über. Ok, wenn die öffentliche Hand in Zukunft dazu in der Lage ist, den Tierschutz in der Stadt durchzuführen, dann soll es so sein, ich weise nur darauf hin, in keiner Stadt und in keinem Bundesland ist die öffentliche Hand dazu in der Lage, den öffentlichen Tierschutz, auch die Unterbringung in Heimen zu garantieren, wenn es sich die Stadt Graz zutraut, viel Spaß, am Montag dem 16. Februar kann sie ein Heim gründen, in kürzester Zeit erbauen und es auch tun. Wenn sie es nicht tut, Sonntag ist die Deadline und daher ersuche ich durchaus, dass hier offenbar die Kommunikationswege zwischen der Arche Noah und der Stadt Graz entknüpft werden und daher stelle ich den

A n t r a g :

Der Gemeinderat der Stadt Graz wolle beschließen:

Der Bürgermeister der Stadt Graz Mag. Siegfried Nagl wird umgehend und zwar heute aufgefordert, in persönlichen Gesprächen mit den Vertreterinnen und Vertretern des Aktiven Tierschutzes Steiermark - Arche Noah die Finanzierung der Tierrettung dieser Einrichtung sicherzustellen und alles daran zu setzen, dass offene Verbindlichkeiten seitens der Stadt Graz beim Aktiven Tierschutz Steiermark - Arche Noah schnellstmöglich beglichen werden.

Die Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

19) Anbringung eines Verkehrsspiegels an der Kreuzung Herrgottwiesgasse – Fasangartengasse (südöstlicher Seite)

GR. **Schröck** stellt folgenden Antrag:

GR. **Schröck**: Meine Damen und Herren! Ich möchte die Gelegenheit zunächst einmal nutzen, meinem lieben Kollegen Kurt Hohensinner was zu schenken, nachdem ich ja sehe, dass du eine besondere Vorliebe für bedruckte Leibchen hast, habe ich dir auch eines mitgebracht.

Zwischenruf unverständlich.

GR. **Schröck**: Möchten Sie auch gerne eines haben, Frau Kollegin? (GR. *Schröck übergibt an GR. Hohensinner ein T-Shirt*).

Ich komme jetzt zu meinem Antrag. Das Einfahren von Fahrzeugen in die Hergottwiesgasse ist von der Fasangartengasse an der westliche Seite durch links abgestellte Kraftfahrzeuge in der Hergottwiesgasse nördlich fast unmöglich, daher ist es unumgänglich, einen Verkehrsspiegel im Kreuzungsbereich auf der südöstlichen Seite Richtung Norden zeigend anzubringen.

Bei der derzeitigen Situation müssen Kraftfahrzeuglenker sehr weit in den Kreuzungsbereich einfahren, daher kommt es immer wieder zu schweren Verkehrsunfällen mit den öffentlichen Verkehrsmitteln, in dem Fall der Straßenbahn und anderen Kraftfahrzeugen. Auf diesen Umstand haben die Funktionäre des BZÖ Frau Marina Soral und Herr Arnold Sorko bereits mehrmals aufmerksam gemacht.

In diesem Zusammenhang stelle ich folgenden

A n t r a g :

Der Gemeinderat der Stadt Graz wolle beschließen:

Die zuständige Referentin Frau Vizebürgermeisterin Lisa Rücker wird ersucht, im Wege des Straßenamtes die Anbringung eines Verkehrsspiegels im erwähnten Kreuzungsbereich zu veranlassen.

*Die Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen
Behandlung zugewiesen.*